

Pressemitteilung

CDU stellt Ideen zu mehr Klima- und Umweltschutz vor

GIESSEN. Der CDU Stadtverband Gießen hat konkrete Vorstellungen, was in Gießen für den Schutz von Umwelt und Klima getan werden soll und wie die Lebensräume der Tier- und Pflanzenwelt erhalten werden können. Dabei setzt die CDU auf Überzeugung und Vernunft der Gießener. Sie hält nichts davon, von oben herab z. B. den beheizten Wohnraum zu beschränken, wie es einer der Vorschläge im Klimaschutzbericht formuliert.

Dass in den vergangenen Sommern an einigen Stellen in der Stadt schon sehr hohe Temperaturen gemessen wurden, hätten viele Menschen in Gießen selbst erlebt. Die Temperaturen rund um die Bäume der Stadt seien da schon etwas erträglicher. Eines der Ziele in den nächsten Jahren müsse es daher sein, die Stadt deutlich grüner zu gestalten. Hier müsse die Stadt mit ihren Flächen mit gutem Beispiel voran gehen. So solle zum Beispiel geprüft werden, welche Fassaden öffentlicher Gebäude sich für eine Begrünung eignen. Hinzu zähle unter anderem auch die konsequente Begrünung von Wartehäuschen an Bushaltestellen, wozu hierbei auf die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken gebaut werde. „Da der Stadt allerdings nur eine begrenzte eigene Fläche zur Verfügung steht, sind wir auf das Engagement aller Grundstücksbesitzer angewiesen, um einen nennenswerten Effekt zu erzielen“, so der CDU-Parteivorsitzende Klaus Peter Möller. An das durch Bürgermeister Neidel initiierte Programm, wodurch Eigentümer Zuschüsse für die Begrünung privater Flächen erhielten, müsse daher angeknüpft werden.

Auch der Gießener Stadtwald und andere städtische Walstücke lieferten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Unter den vergangenen drei trockenen Sommern und dem damit begünstigten Schädlingsbefall habe dieser allerdings sehr gelitten. Man werde daher mithilfe eines „Zukunftsprogramms Wald“ die Wiederaufforstung des Stadtwaldes vorantreiben und Privatpersonen sowie Gießener Unternehmen in die Pflanzung von Setzlingen einbeziehen. Dabei müsse auch erörtert werden, wie der Wald umgebaut werden könne, um den Folgen des Klimawandels standhalten zu können.

„Im Zuge der Sanierung von Gehwegen und Straßen muss verstärkt straßenbegleitendes Grün in Form von Baumreihen fester Bestandteil der Planungen sein“, so Möller weiter. Zwar gehöre dies im Zuge von Straßenneubaumaßnahmen bereits zum festen Bestandteil der Planungen, nicht aber bislang für Renovierungsmaßnahmen im Bestand. So könne das innerstädtische Mikroklima verbessert und die Temperaturen in heißen Sommern spürbar reduziert werden, da Laubbäume bekanntermaßen die Lufttemperatur im direkten Umfeld senken. Dem Fällen von Bäumen entlang der Straßen und des Anlagenrings, ohne dass diese an Ort und Stelle ersetzt werden, erteilt die CDU zugleich eine klare Absage.

Bei neuen Bauprojekten sowohl im öffentlichen wie im privaten Raum müsse man zukünftig zusätzlich zu den finanziellen Folgen vermehrt auch die Folgen für Klima und Natur prüfen. Für neuen Wohnraum solle stärker über Nachverdichtung als über Flächenverbrauch nachgedacht werden. „Solange Gießen noch wächst, muss der Schutz von Flächen, die positiv zum innerstädtischen Klima beitragen, höhere Priorität bekommen.“, so Martin Schlicksupp.

„Wir müssen lernen, mit Energie noch viel sparsamer und verantwortungsvoller umzugehen oder sie konsequent klimaneutral zu erzeugen. Wo immer es möglich ist, sollte der Verbrauch von fossilen Energieträgern immer weiter reduziert werden.“, führt Schlicksupp fort.

P r e s s e m i t t e i l u n g

Das betreffe auch den weiteren Ausbau des ÖPNV in Gießen und den besseren Anschluss des Umlandes, um Alternativen zum Individualverkehr anzubieten. Auch die begonnene energetische Sanierung der städtischen Gebäude sowie die Installation von Photovoltaik-Anlagen müsse weitergeführt werden. Ebenso solle geprüft werden, ob auch Mikro-Windanlagen einen sinnvollen Beitrag zur Energie- und Klimawende in Gießen leisten können.

Bei allen Bemühungen bliebe klar, dass ohne gesetzliche Vorgaben, Fördergelder und Änderungen im persönlichen Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß sowie erhebliche private Investitionen eine Klimaneutralität nicht zu schaffen sei.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung

Klaus Peter Möller